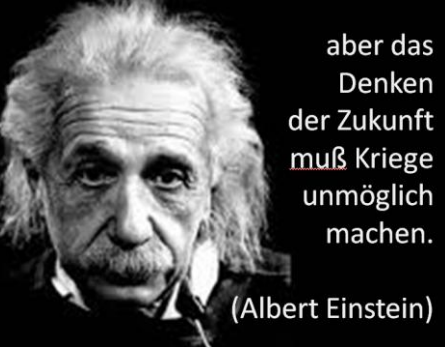


Das Denken
und die
Methoden der
Vergangenheit
konnten die
Weltkriege
nicht
verhindern,



aber das
Denken
der Zukunft
muß Kriege
unmöglich
machen.

(Albert Einstein)

INES Campaign Abandonment of Military
Research & Civil Clause

Initiative gegen Militärforschung an
Universitäten

31. August 2009

Karlsruhe Institute of Technology KIT

- **Klarheit für Zivilorientierung schaffen**
- **Verzicht auf Militärforschung**
- **Keine Kern- und Waffenforschung unter einem Dach**
- **Studierendenvotum, Verfassungsauftrag und Völkerrecht respektieren**
- **Einstein weiter denken**
- **Kriege unmöglich machen**

Offener Brief anlässlich des Antikriegstages 2009

**an den Minister für Wissenschaft,
Forschung und Kunst Baden-Württemberg
Prof. Dr. Peter Frankenberg und an
den Rektor der Universität Karlsruhe
Prof. Dr. Horst Hippler**

Sehr geehrter Herr Minister,

Sie haben sich in Ihrer Abschlussrede im Landtag am 8. Juli 2009 zur Einbringung des KIT-Gesetzes auf Einstein bezogen und militärische Forschung an der Universität und am KIT als zivile Betätigung gerechtfertigt, weil die Bundeswehr eine zivile Armee sei. Wir müssen es entschieden zurückweisen, ausgerechnet Einstein für eine derartige Rechtfertigung zu missbrauchen.

Einstein hat zeitlebens gegen Krieg und Militär als Mittel der Politik gekämpft. Dazu nur ein Zitat "Das Denken und die Methoden der Vergangenheit konnten die Weltkriege nicht

verhindern, aber das Denken der Zukunft muss Kriege unmöglich machen."

An diesen Einstein'schen Imperativ erinnern die unterzeichnenden Organisationen anlässlich des 70. Jahrestags des letzten Großen Krieges, der von deutschem Boden ausging.

Wir erinnern Sie in diesem Zusammenhang an den [Internationalen Appell](#), mit dem Persönlichkeiten wie Hiroshima-Bürgermeister Tadoshi Akiba und Physik-Nobelpreisträger Jack Steinberger für eine einheitliche Zivilklausel plädieren und davor warnen, Kern- und Waffenforschung unter dem Dach der einen Rechtsperson KIT zu betreiben.

Die Gründung von Kernforschungszentren zum Zwecke der friedlichen Nutzung der Kernenergie war nur unter Voraussetzung eines völkerrechtlichen Verzichts auf Erforschung und Besitz von Kernwaffen möglich. Das Verbot (Zivilklausel) erstreckt sich deswegen auf jegliche Militärforschung unter dem Dach der Forschungseinrichtung. Diese Bedenken sind von Ihnen leider ignoriert worden, indem Sie im KIT-Gesetzgebungsverfahren dafür gesorgt haben, dass an der Universität weiter Militärforschung betrieben werden kann.

In der [Antwort der Bundesregierung](#) auf die Bundestagsanfrage DIE LINKE. Drs 16/13773 heißt es: „Aus Sicht der Bundesregierung ist die Trennung von Nuklearforschung und Rüstungsforschung am KIT beizubehalten.“ Sie lassen aber zu, dass an der Universität ein neues Kerntechnik-Institut gegründet wird. Die Durchführbarkeit dieses Trennungsgebots ist wegen der beabsichtigten vollständigen Verschmelzung von Universität und Forschungszentrum mit Recht bezweifelt worden. Sie verstoßen jetzt bereits gegen das Gebot der Bundesregierung, falls das Institut nicht ausdrücklich in den Geltungsbereich der Zivilklausel („Forschung nur für friedliche Zwecke“) einbezogen wird.

Wir fordern Sie auf, zumindest die gesamte kerntechnische Forschung und Entwicklung des KIT im Bereich der Universität Karlsruhe unverzüglich in den Geltungsbereich der Zivilklausel aufzunehmen.

Die mit Militärforschung einhergehende Geheimhaltung hat nichts an einer öffentlichen Universität zu suchen. Eine klare Mehrheit der abstimmenden Studierenden der Universität Karlsruhe hat in einer [Urabstimmung im Januar](#) dafür votiert, die Zivilklausel des Forschungszentrums (Verzicht auf Militärforschung) einheitlich für das gesamte KIT in das KIT-Gesetz

zu übernehmen. Sie haben dieses bemerkenswerte friedenspolitische Votum der größten Gruppe der Betroffenen ebenso ignoriert, wie ein [verfassungsrechtliches Gutachten](#). Das Gutachten sieht die Zivilklausel für Universität und KIT im Einklang mit der Verfassung und kann dieselbe sogar auf die Friedensfinalität des Grundgesetzes zurückführen.

Sehr geehrter Herr Rektor,

gemäß beschlossenen KIT-Gesetz kann an der Universität Rüstungsforschung betrieben werden. Das ist aber kein Muss. Sie selbst haben der [Gewerkschaft ver.di im Dezember 2008](#) mitgeteilt, dass es an der Universität eine einzige Rüstungsforschungsaktivität gibt, das über einen Dreijahresabschnitt über das Bundesverteidigungsministerium geförderte Programm „MoU SDR“ (Software Defined Radio) am Nachrichtentechnischen Institut unter Leitung von Prof. Dr. Friedrich Jondral.

Vor dem Hintergrund der oben geschilderten Problematik erwarten wir von Ihnen, im Sinne einer vertrauensbildenden Maßnahme im Senat daraufhin zu wirken, dass vorerst keine Mittel aus Rüstungsforschungsprogrammen beantragt werden. Zusammen mit dem Institutsleiter könnte darauf hingewirkt werden, dass für das Grundlagenforschungsprogramm SDR um Mittel aus dem zivilen Haushalt des Bundesforschungsministeriums nachgesucht wird. Wenn aus dem Hause Schavan keine Mittel zur Verfügung gestellt werden können, wird das Institut sicherlich flexibel genug sein, sich anstatt der SDR-Forschung zukunftsfähigen zivilen Forschungen zuzuwenden.

Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Rektor,

die gerade hinter uns liegenden Jahrestage der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki haben uns erneut die Verletzlichkeit der menschlichen Zivilisation vor Augen geführt. Präsident Obama hat sich zur Verantwortlichkeit der USA bekannt, als erste und einzige Nation zu dieser Waffe gegriffen zu haben, woraus er geschlossen hat, dass die vollständige nukleare Abrüstung auf die weltpolitische Tagesordnung gesetzt werden muss.

Es bedarf keiner tiefschürfenden Analysen, dass dieser Prozess nur dann erfolgreich sein kann, wenn auch die konventionelle Abrüstung weltweit angegangen wird. Zivile, wirtschaftliche und humanitäre Konflikt- und Problemlösungen zu suchen, statt mit Krieg und Militär-

einsätzen Sicherheit oder gar Gerechtigkeit schaffen zu wollen, ist das unabweisbare Gebot der Vernunft.

Zu zivilen Problemlösungen können gerade auch Wissenschaft und Forschung bedeutende Beiträge leisten. Dabei ist die ausschließliche Zivilorientierung des Forschungszentrums ein vorbildhaftes Vermächtnis und eine Erfolgsgeschichte dazu. Diese Zivilklausel sollte das „pars pro toto“ für das gesamte KIT sein. Das wird auch durch weitere Unterschriften unter den internationalen Appell unterstrichen, die von INES (International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility) bei Veranstaltungen in Hiroshima und Nagasaki gesammelt worden sind.

Dem KIT als öffentliche Bildungs- und Forschungsstätte kommt eine große Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit und der Öffentlichkeit zu. Darüber, insbesondere über Charakter und Zwecke der Forschung am KIT möchten wir mit Ihnen in den Dialog treten. Wir zählen auf Ihre Bereitschaft.

Unterzeichnende Organisationen:

attac Karlsruhe • Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung • GEW Baden-Württemberg • Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe • International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms (Deutsche Sektion) • NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit • ver.di Baden-Württemberg

SWR 26. Mai 2009:

»Über 60 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus 14 Nationen fordern, dass am künftigen Karlsruher Institut für Technologie, KIT, ausschließlich Forschung für friedliche Zwecke betrieben werden darf. Die bestehende Zivilklausel des Forschungszentrums müsse bei dessen Fusion mit der Universität auf das gesamte KIT übertragen werden. Der vorliegende Gesetzentwurf für das KIT sieht das bislang nur für den Bereich der Großforschung vor.

Die Unterzeichner des Appells, darunter der Bürgermeister der japanischen Stadt Hiroshima, warnen vor einer Vereinigung deutscher Kernenergie- und Waffenforschung unter einem Dach.

Eine Zivilklausel für das KIT fordern auch Gewerkschaften, Teile des Forschungszentrums und Studierende der Universität.«